année politique suisse

DOKUMENTATION · ANALYSE · DIFFUSION

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess **Modernisierung der postalischen Grundversorgung**

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Flückiger, Bernadette

Bevorzugte Zitierweise

Flückiger, Bernadette 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Modernisierung der postalischen Grundversorgung, 2022*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 12.10.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik 1
Infrastruktur und Lebensraum 1
Verkehr und Kommunikation 1
Post und Telekommunikation 1

Abkürzungsverzeichnis

Allgemeine Chronik

Infrastruktur und Lebensraum

Verkehr und Kommunikation

Post und Telekommunikation

BERICHT
DATUM: 24.02.2022
BERNADETTE FLÜCKIGER

Die 2021 eingesetzte **Expertinnen- und Expertenkommission Grundversorgung Post** unter der Leitung von Alt-Ständerätin Christine Egerszegi forderte im Februar 2022 in einem Bericht die **Modernisierung der postalischen Grundversorgung**, damit diese den heutigen und zukünftigen Bedürfnissen von Wirtschaft und Gesellschaft besser entspreche und in Zukunft nicht in finanzielle Schwierigkeiten gerate. Die Kommission führte aus, dass es auch in Zukunft einen staatlichen Auftrag zur Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdiensten geben solle: Zwar werde die fortschreitende Digitalisierung analoge Kommunikationsmöglichkeiten und Übermittlungswege weitgehend ersetzen. Physische Dienstleistungen müssten aber weiterhin zur Verfügung gestellt werden, um alle sozialen Gruppen zu erreichen. Bei der Zustellung von Paketen, die gerade aufgrund der Covid-19-Krise stark angestiegen ist, soll es keine Veränderung geben. Diese sollen weiterhin täglich zugestellt werden. Bei den Briefen und Zeitungen hingegen, welche heute oft als E-Mail verschickt respektive online gelesen werden, forderte das Gremium spätestens ab 2030 eine Lockerung der Zustellfrequenz. Ausserdem solle das Restmonopol für Inlandbriefe bis 50 Gramm aufgehoben werden. Im Bereich des Zahlungsverkehrs forderte die Kommission, dass der Grundauftrag neu öffentlich ausgeschrieben wird. Die Kommission schloss, dass der Bundesrat bald einen Grundsatzentscheid betreffend die Weiterentwicklung der Grundversorgung treffen und daran anschliessend das Postgesetz revidiert werden solle.
Die NZZ mutmasste, dass die Vorschläge der Expertinnen und Experten im Parlament kaum eine Chance haben dürften. Keine Partei wolle sich durch die Forderung nach einem Abbau des Service public unbeliebt machen. Die Medien berichteten des Weiteren, dass der Post-Konzern sich noch nicht detailliert zum Kommissionsbericht äussern, jedoch in keinem Fall auf die A-Post-Briefzustellung verzichten wolle. Dass aber ein Handlungsbedarf bestehe, darin waren sich die Medien einig: Ohne Modernisierung drohe der Post bis ins Jahr 2030 ein Defizit von CHF 71 Mio. [1]

1) Medienmitteilung BAKOM v. 24.2.22; Schlussbericht Expertenkommission v. 24.2.22; AZ, CdT, Lib, NZZ, TA, 25.2.22; CdT, 26.2.22